

30. IV. 1917

68

Gegen den Schleichhandel.

Der Präsident des Kriegsernährungsamtes in Berlin, Herr v. B a t o c k i, hat an die Bundesregierungen ein Schreiben gerichtet, in dem er zur energischen Bekämpfung des unerlaubten Handels mit Lebensmitteln auffordert. Er weist darauf hin, daß durch diesen Handel, der nur möglich sei, weil gewisse Kreise für rationierte Lebensmittel, die sie außerhalb der Rationierung bezögen, unverhältnismäßig hohe Preise zahlen, die gleichmäßige und gerechte Verteilung gefährdet werde. Der Schleichhandel habe nachgerade einen Umfang angenommen, der nicht mehr gebuldet werden könne, weil der staatlichen Bewirtschaftung zu erheblichen Mengen von Lebensmitteln entzogen würden. Es sei nicht nur ein Gebot der Gerechtigkeit, denen, die sozial besser gestellt seien als andere, die Möglichkeit, sich besser zu versorgen, zu entziehen, da die bessere Versorgung nur auf Kosten der Allgemeinheit geschehen könne, sondern es sei auch eine Forderung, die im Interesse unserer wirtschaftlichen Durchhaltens aufrechterhalten werden müsse, und zwar mit allem Nachdruck und aller Rücksichtslosigkeit. Die Kriegsernährungsstellen und auch die militärischen Stellen seien daher angewiesen, jeden unberechtigten Abfluß von Lebensmitteln zu unterbinden. Es wird als sicher angenommen, daß sich in Gasthäusern und Wirtschaften und auch in Lebensmittelgeschäften aller Art Lebensmittel in Mengen befinden, die nicht auf dem Wege der regelrechten Zuweisung dahin gelangt seien. Vor allen Dingen seien es Eier, Kartoffeln, Fleisch und Mehl. Diese müßten aber auch „erfaßt“ werden, damit nicht jene, die es sich leisten könnten, sich Vorteile verschaffen. Auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung müsse heute Gleichmacherei beirrieben werden, das sei nicht nur ein Stimmungsmoment, sondern eine Zeiterfordernis.

In dem Schreiben werden dann noch Hinweigungen auf die Art des Verfahrens gemacht, um die unrechtmäßig abgestoffenen Lebensmittel für die Allgemeinheit zurückzugewinnen. Zunächst sollen alle Gasthäuser, Wirtschaften, Konditoreien, überhaupt Erfrischungsräume aller Art auf ihre Vorräte an Lebensmitteln geprüft werden. Stellt sich heraus, daß größere Vorräte vorhanden sind, als nach der behördlichen Zuweisung vorhanden sein dürften, so werden sämtliche Vorräte beschlagnahmt und der Geschäftsinhaber auf Grund der Bundesratsverordnung über die Lebensmittelversorgung strafrechtlich zur Verantwortung gezogen. Vor allem wird aber mit der dauernden Schließung solcher Geschäfte zu rechnen sein, weil die zeitweilige Schließung augenscheinlich nicht entsprechend wirkt. Die Ausmerzung solcher, die Allgemeinheit schädigenden Geschäfte wird unter allen Umständen durchgeführt werden.

Eine solche Bestandsaufnahme wird sich aber nicht nur auf Gaststätten und Lebensmittelgeschäfte erstrecken, sondern auch auf Privathaushaltungen, bei denen begründeter Anlaß zu der Annahme vorliegt, daß dort unrechtmäßig erworbene Vorräte an Lebensmitteln vorhanden sind.

In Hamburg hat der Senat die Polizeibehörde bereits angewiesen, die Gaststätten aller Art auf ihre Lebensmittelvorräte zu überprüfen und auf Durchführung der erlassenen Vorschriften zu dringen. So peinlich dieses Nachspüren der Behörde auch selbst ist, so ist es notwendig, um endlich dem Schleichhandel zu begegnen.

Zu einem Schaden, der nicht scharf genug bekämpft werden kann, hat sich der Schinkenhandel mit Schinken entwickelt. Für Schinken werden heute Preise bezahlt, die geradezu als unsinnig zu bezeichnen sind. Man darf sich nicht dabei beruhigen, indem man sagt, wer diese hohen Preise bezahlen will, mag sie bezahlen. Die Gefahr ist nämlich die, daß die Schweinemäster, anstatt die Tiere, wie es wünschenswert ist, bei Erreichung einer gewissen Gewichtsgrenze abzustochen, die Tiere immer weiter mästen und oft genug dabei die Verfütterungsverbote überschreiten. So werden der staatlichen Bewirtschaftung wieder Brotgetreide und Kartoffeln entzogen. Um aber Brotgetreide und Kartoffeln der Verfütterung an das Vieh zu entziehen, sind die Preise für geringwertige Schweine ja gerade hinaus gesetzt worden, aber alle diese Maßnahmen werden unnütz, wenn dem Schweinemäster durch Uebergebote bei Weitermästung ein höherer Gewinn in Aussicht steht, als wenn er die Tiere früher zum Schlachten abgibt. Ueber diese Folgen sind sich die meisten Leute, die einen Schinken teuer bezahlen können, nicht klar. Es muß daher im Interesse der Allgemeinheit gefordert werden, daß die Einsicht endlich dazu führt, den Schleichhandel mit Lebensmitteln aufzugeben, weil die Nation um so größer wird, je weniger Lebensmittel unrechtmäßig der staatlichen Bewirtschaftung entzogen werden.